



## Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Roland Magerl, Dr. Ralph Müller, Jan Schiffers, Ulrich Singer, Andreas Winhart, Markus Bayerbach** und **Fraktion (AfD)**

### **Gesundheitliche Folgen der Maskenpflicht – koordinierte Studie in Auftrag geben**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unter Wahrung der Wissenschaftsfreiheit unverzüglich geeignete bayerische Forschungsinstitutionen mit der Konzeption und Durchführung einer Studie zu beauftragen, mit dem Ziel, die gesundheitlichen und psychosozialen Folgen der seit einigen Wochen geltenden Pflicht zur Mund-Nasen-Bedeckung in öffentlichen Verkehrsmitteln, Einzelhandelsgeschäften, gastronomischen Betrieben und Bildungseinrichtungen zu erforschen und in mehreren Schritten den Ausschüssen für Wissenschaft und Kunst sowie für Gesundheit und Pflege einen Bericht über die Ergebnisse vorzulegen. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf die unterschiedlichen Belastungen für verschiedene Altersgruppen, Tätigkeiten und der Dauer der durch das Tragen der Maske erhöhten Kohlendioxid-Exposition gelegt werden. Zur Stärkung der Validität sollte die Studie mehrstufig über einen längeren Zeitraum angelegt sein, damit sowohl kurzfristige als auch mittel- und langfristige Folgen der Maskenpflicht für die bayerische Bevölkerung eruiert werden können.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, hierfür ausreichend finanzielle Mittel bereitzustellen.

#### **Begründung:**

Die Wissenschaft war sich bis vor kurzem einig, dass das Tragen einer sogenannten Mund-Nasen-Bedeckung schon nach kurzer Zeit selbst für gesunde Menschen eine erhöhte gesundheitliche Belastung darstellt. Seit dem 27. April 2020 wird die gesamte bayerische Bevölkerung in vielen Bereichen des täglichen Lebens zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung gezwungen. Viele Menschen, die im Handel, in Arztpraxen oder in gastronomischen Betrieben arbeiten, sind über mehrere Stunden hinweg einer höheren Konzentration von Kohlendioxid im Blut ausgesetzt. Von kurzfristigen und langfristigen gesundheitlichen Folgen ist deshalb auszugehen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist die Maskenpflicht ein unverhältnismäßiger Eingriff in die körperliche Unversehrtheit und in weitere Grundrechte. Gerade im Hinblick auf zu erwartende Entschädigungszahlungen des Freistaates an Betroffene ist es unerlässlich, ein klares Bild über die gesundheitlichen, psychischen und sozialen Folgen der Maskenpflicht zu erhalten.

Selbstverständlich sollten die beteiligten Forschungseinrichtungen die breit angelegte Studie möglichst frei konzipieren.